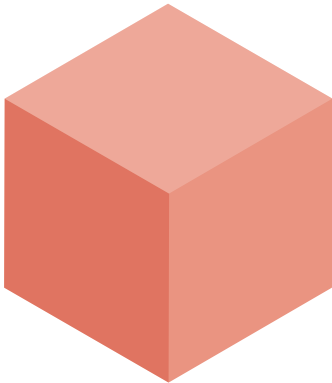


Essbare Stadt

6.12

Städtische und ländliche
Raumentwicklung



Ziel der „Essbaren Stadt“ ist die Nutzung produktiven Grüns als Teil urbaner Infrastruktur zur Lebensmittelproduktion und -verarbeitung (z. B. in Form von urbaner Landwirtschaft oder auch gemeinschaftlichen oder individuellen Gärten). Übergeordnet geht es dabei um die Erhöhung der Lebensqualität und Resilienz von Siedlungen. Wenn dies mit der Wiedernutzung von aufbereiteten Abwasser- oder auch Abfallteilströmen kombiniert wird (z. B. für die Bewässerung oder auch zur Bodenverbesserung), können so lokale Kreisläufe für Wasser, Nährstoffe (vor allem Stickstoff, Phosphor und Kalium) sowie Kohlenstoff eingerichtet werden. Eine solche Kreislauflührung kann wirksam zur Senkung des Primärressourcenbedarfs beitragen – eine Grundvoraussetzung für Nachhaltigkeit. Neben diesen und den allgemeinen Vorteilen urbanen Grüns (vgl. Baustein 6.11) erhöht die lokale Produktion von Lebensmitteln die Versorgungssicherheit.

Urbanes Gärtnern trägt auch direkt zu physischer und psychischer Gesundheit der Nutzer:innen bei und ermöglicht sinnstiftende (Subsistenz-)Arbeit. Gemeinschaftliches Gärtnern erlaubt die Knüpfung sozialer Netze, die ihrerseits wieder gesundheits- und resilienzfördernd sind. Die Produktion von Lebensmitteln im unmittelbaren Wohnumfeld erhöht durch kurze Wege das Vertrauen in die Produkte. Urbanes Gärtnern ermöglicht auch die generationenübergreifende und inklusive Bildung zu Produktion, Verarbeitung und Genuss von Lebensmitteln und damit ihre achtsamere Verwendung. Dies kann Verluste und Abfälle verringern.

Der Ausbau produktiven und auch anderen urbanen Grüns wirkt sich positiv auf internationale und nationale Bemühungen aus, wie den EU Green Deal (insbesondere „farm to fork“), die EU-Wasserrahmenrichtlinie, die „EU Floods Directive“, die EU Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) und somit die „Biodiversity Strategy for 2030“ sowie Vorgaben des in Ausarbeitung begriffenen „Nature Restoration Laws“ und die Klimaziele der EU.

Maßnahmen, die zusätzlich zu jenen für Blau-Grün-Braune Infrastruktur (BGBI) nötig sind (vgl. Baustein 6.11), um Siedlungsräume „essbar“ und damit nachhaltiger, resilienter und lebenswerter zu machen:

erstellt von **Martin Regelsberger**

(Techn. Büro für Kulturtechnik Regelsberger) & **Sandra Nicolics** (Universität für
Bodenkultur Wien)

unter Berücksichtigung von
UniNETZ-Option [06_01](#), [06_02](#),
[06_11](#), [11_06](#), [11_11](#), [13_03](#)
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Gemeinde bzw. Stadt, Forschung

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Einrichtung von Dienststellen für „Essbare Stadt“ (siehe zum Beispiel Andernach, Nizza) in Städten und Gemeinden, die abteilungsübergreifend und zwischen Verwaltung und Gärtnern Koordinations-, Beratungs- und Vernetzungsfunktionen erfüllen (ähnlich den Koordinationsstellen für Fuß- und Radverkehr)
- Integration von urbaner Landwirtschaft bzw. urbanem Gärtnern in integrale, städtische Grünraum- und Infrastrukturplanung (vgl. Integrale Infrastrukturplanung im Baustein 6.11)
- Erfassung der multiplen Nutzen mit dem Ziel der kooperativen Bereitstellung von Mitteln aus den entsprechenden Budgetlinien (z. B. Klimawandelanpassung, Gesundheit, Arbeitsförderung, Erholung, Daseinsvorsorge)
- Finanzielle Förderung von gemeinschaftlichem Gärtnern und lokalen, solidarischen Landwirtschaftsbetrieben
- Wissenschaftliche Weiterentwicklung und Vermittlung von Formaten für die Co-Kreation der Maßnahmen und die Vernetzung aller relevanten Stakeholder:innen als Unterstützung für kommunale Dienststellen
- Erarbeitung von Planungs- und Daten Grundlagen für Einrichtungen der „Essbaren Stadt“ als Infrastruktur bzw. für die Verbesserung des Wohlbefindens als Unterstützung für kommunale Dienststellen

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



Weiterführende Literatur:

- Fuchs-Hanusch D., Regelsberger M., Schwarzfurtner K. und Waldschütz L. (2022) Natur-naher Urbaner Wasserhaushalt. Climate Change Center Austria CCCA Factsheet #36. Online abrufbar: https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/FactSheets/36_urbaner_wasserhaushalt_202202.pdf
- Masi F., Rizzo A., and Regelsberger M., The Role of treatment wetlands in new circular economy, resource oriented, and ecosystem service paradigms, *Journal of Environmental Management*, (2017) 1 -10, <https://doi.org/10.1016/j.jenvman.2017.11.086>
<https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>, letzter Aufruf 15.12.2023
- Xin M., Xue X., González-Mejía A., Garland J. and Cashdollar J. (2015) Sustainable Water Systems for the City of Tomorrow—A Conceptual Framework, *Sustainability* 2015, 7, 12071-12105; doi:10.3390/su70912071
- Säumel I, Reddy S.E. and Wachtel T. (2019) Edible City Solutions—One Step Further to Foster Social Resilience through Enhanced Socio-Cultural Ecosystem Services in Cities, *Sustainability* 2019, 11, 972; doi:10.3390/su11040972

Wissenschaftlicher Hintergrund:

Nachhaltigkeit ist ohne Reduktion des Ressourcenverbrauchs nicht möglich. Trinkwasser, die Nährstoffe Stickstoff und Phosphor sowie Kohlenstoff gehören zu jenen Ressourcen, bei denen die planetaren Grenzen schon jetzt überschritten werden. (Webseite Stockholm Resilience Centre). Eines der wirksamsten Mittel, den Ressourcenverbrauch zu senken, ist die Kreislauf- bzw. Kaskadenführung von Stoff- und Energieströmen. Das kann in Siedlungen, wo ein Großteil dieser Stoffe anfällt, besonders gut erreicht werden (Masi et al., 2017). Dazu benötigen wir eine Öffnung und Verknüpfung der einzelnen Bereiche der Wasserwirtschaft (Xin et al., 2015), aber auch eine systemische Betrachtung und Neugestaltung vieler Aspekte der Stadt, nicht zuletzt der urbanen Infrastruktur (Fuchs-Hanusch et al., 2022) und der Lebensmittelproduktion. So ist zum Beispiel eine weitere, schon kritische planetare Grenze die Einbringung neuartiger Substanzen und Organismen, nicht zuletzt in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion.

Gerade bei Lebensmitteln ist die Kreislaufführung von Stoffen aber nicht unproblematisch. Sie stößt leicht auf Ablehnung und bedarf daher großen Vertrauens, das nicht zuletzt durch persönliche und räumliche Nähe entsteht. Die Einrichtung kleinräumiger Stoffströme führt aber auch unmittelbar zur Reduktion des Transportbedarfs und daher zur Senkung des Ressourcenverbrauchs.

Die für uns Menschen wichtigste Ressource, weil am unmittelbarsten beschränkt, ist Zeit. Zeit kann nicht vermehrt, sondern nur durch sinnstiftende Tätigkeiten erfüllend genutzt werden. Im Sinne der Suffizienz können wir also nicht nur unseren Güterbedarf um Unnötiges „entrümpeln“, sondern auch darauf achten, dass wir nicht Zeit in Arbeit für Geld stecken, um dieses Unnötige zu finanzieren, sondern in Tätigkeiten, die uns Freude bereiten. Gärtnern und das Verarbeiten und Genießen von Lebensmitteln gehören unweigerlich in diesen Bereich. Das Gärtnern allen Menschen zu ermöglichen, die dies gerne möchten, und unsere Siedlungen damit in „Essbare Städte“ zu verwandeln, ist also eine soziale Forderung. Die Maßnahme hat unmittelbare, gut bekannte gesundheitliche und soziale Auswirkungen (Säumel I. et al., 2019) auf Individuen. Es gibt aber auch genügend Hinweise auf einen positiven Einfluss auf die soziale Stabilität und den Zusammenhalt von Gemeinschaften inklusive einer Reduktion von Kriminalität.

Zur Anwendung des Konzepts der „Essbaren Stadt“ in der kommunalen Praxis liegen Beispiele vor, die u. a. in Vorhaben wie dem Edible Cities Network zusammengeführt werden. Nichtsdestotrotz besteht noch Bedarf, Planungsgrundlagen wie beispielweise Verdunstungswerte als Funktion der Wetterbedingungen für urbane Pflanzen, die keine Kulturpflanzen sind, auszuarbeiten (siehe Projekt MEADOW an der BOKU). Andere zu bearbeitende Themen sind geeignete Substrate und ihre Eigenschaften, Fragen zur Biodiversität uvm. Für die Umsetzung der Transformation besteht darüber hinaus auch noch Bedarf an geeigneten Formaten für die Co-Kreation der Maßnahmen und die Vernetzung aller relevanten Stakeholder:innen in den Städten – auch mit Blick auf die personellen Ressourcen in Kommunen, die dafür zur Verfügung stehen.